

Riesner Tageblatt



Verlagsdruckerei
Riesner Tagesblatt
Grossstr. 30.
Breslau Nr. 33

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts, des Amtsgerichts beim Amtsgericht Riesner, des Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptpostamts Riesner behördlich bestimmt Blatt.

Postfachkonto
Breslau 1532
Postfach
Riesner Nr. 33

Nr. 34.

Montag, 10. Februar 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Schriftzeile (6 Silben) 26 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Anzeigezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Gewähr an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verbreitungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Wagner & Winterlich, Riesner. Geschäftskonto: Postfach Nr. 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesner.

Was ging vor?

(Von unserem Berliner Vertreter.)

an. Ueber die Besprechung der Parteiführer mit dem Reichsfinanzminister am Freitag liegen inzwischen private und amtliche Berichte vor. Man weiß, daß in dieser Besprechung keine Verständigung erzielt wurde und die Parteiführer in dieser Woche weiter verhandeln werden. Wir sind nun in der Lage, unterrichtet von einem Teilnehmer an der Konferenz, Einzelheiten mitzuteilen, die die obwaltenden Schwierigkeiten erkennen lassen. Das Defizit der Reichskasse ist bekanntlich mit 700 Millionen Mark festgesetzt. Die früheren Angaben, daß es 900 Millionen betrage, sind zudem nicht unrichtig, aber es hat sich die Möglichkeit gefunden, für 200 Millionen Mark Deduktion zu schaffen. Die 700 Millionen Mark sind mit 250 Millionen erforderlich für die Arbeitslosenversicherung, mit 450 Millionen Mark für die tatsächliche Unterbilanz der Reichskasse. Die Parteiführer waren für eine Ausbesserung durch die anderen Reichsvereinsparteien nicht ohne weiteres zu haben. Die Sozialdemokraten lehnten sich vielmehr für eine neuerliche Erhöhung der Beiträge von 3% auf 4 Prozent ein. Da die Volkspartei hierzu keine Bedenken erhob, kam eine Verständigung nicht zustande. Die Beschaffung von 250 Millionen ist also noch völlig ungelöst und die Gegenstände bei den Parteien werden auch nicht so leicht eine Lösung möglich machen. Der Reichsfinanzminister schlug zur Deckung des weiteren Defizits von 450 Mill. Erhöhung der Umsatzsteuer um 100 Millionen, Erhöhung der Biersteuer um 180 Millionen vor und versprach weitere 80 Millionen am Ausgabeetat einzusparen. Alle Parteien aber erklärten sich gegen eine Erhöhung der Umsatzsteuer, so daß der Finanzminister nur den Ausweg sah, eine Verdoppelung der Biersteuererhöhung in Vorschlag zu bringen. Die Sozialdemokraten erklärten sich damit einverstanden, verlangten aber gleichzeitig, um auch den Gewinn der Großhändler zu verteuern, die Einführung der Weinsteuer, so daß Bier- und Weinsteuer eine Mehrerhöhung von 348 Millionen bringen würden. Doch selbst wenn diese Erhöhung, die bei der Bayerischen Volkspartei und beim Zentrum Widerspruch findet, beschloffen werden könnte, müßte noch eineollerhöhung auf Tee und Kaffe erfolgen. Man brach die Verhandlung über diese Vorschläge ab, da zunächst Besprechungen in den Fraktionen erfolgen müßten. Über nach der Einsetzung in den Fraktionen läßt sich heute schon übersehen, daß beide Vorschläge Moldenhauers keine Mehrheit finden werden und demnach sich noch kein Ausweg aus den Schwierigkeiten sehen läßt.

Sinnvoll kommt noch, daß die Länderregierungen erklärt haben, sie seien nicht in der Lage, bis zum Eingang der Steuern zu warten und ihr Bedarf von 250 Millionen unbedingt früher gedeckt werden müßte. Die Kollaps der Länder wird von Moldenhauer durchaus anerkannt, weshalb er die Ansicht vertritt, man müßte den Termin namentlich für die erhöhten Zölle vorverlegen. Gewiß hat der Finanzminister die Absicht, den Etat 1930 auszubalancieren und damit die Reichsfinanzen sicher zu stellen, er konnte aber den Anträgen, wie er sich eine Reichsfinanzreform denke, noch keine Aussicht geben, sondern wies darauf hin, daß man über die Finanzreform erst sprechen könne, sobald der Etat gesichert sei. Jedenfalls müßte er heute alle Illusionen zerstreuen. Sollten Steuerentlastungen möglich werden, so müßte auf der anderen Seite für höhere Einnahmen Sorge getragen werden. Er werde mit Vorschlägen kommen. Wenn aber auch in diesem Jahre keine Finanzreform möglich werde, so könne man für das kommende Jahr vorarbeiten, das durch einen guten Etat und durch die Beseitigung des Defizits bereits klarere Dispositionen zulasse.

Zum Polen-Bertrag

(Dresden. Der Dresdner Anzeiger veröffentlicht in seiner Ausgabe vom Sonntag, den 9. Februar, einen ihm von besonderer Seite zugegangenen Artikel zum Polenabkommen, in dem es heißt:

Ein sächsischer Staatsmann habe bei amtlichen Besprechungen über den Polenvertrag seine Ansicht dahin formuliert, daß der Polenvertrag wahrscheinlich zu den Verträgen gehören werde, die im Anfang mit großem Mißtrauen betrachtet und mit Kritik überhäuft werden, von denen man sich aber im Laufe der Zeit klar macht, daß sie doch nicht so schlecht sind wie ihr Ruf. Im Reichstag habe sich gezeigt, daß die ursprünglich weiter verbreitete Opposition gegen den Vertrag allmählich aufgeschmolzen sei; abgesehen von Thüringen sei der Vertrag energisch nur von den Vertretern der preussischen Provinzen bekämpft worden, wiewohl sich auch andere Stimmen im Reichstag bei der Abstimmung angeschlossen hätten. Die Kritik des Führers der Opposition Freiherrn von Cappel habe offenbar die überwiegende Mehrzahl seiner Kollegen im Reichstag nicht überzeugen können. Das Bemühen der Regierung, die deutsche Minderheit in Polen zu schützen, werde allseits anerkannt. Im ganzen könne man sagen, daß auch die aus dem Dönnigs-Plan sich ergebenden Notwendigkeiten jetzt deutlicher gesehen werden als vorher und daß die Idee des Abschlußes von Verträgen mit Polen nicht mehr so großen Hemmnissen begegnet wie früher. Die Industriekreise würden den Wunsch haben müssen, daß schließlich sowohl der Liquidationsvertrag als auch der Handelsvertrag mit Polen zu einem guten Ende gebracht werde. Die Einstellung des unfruchtbarsten Streites mit Polen und die Herstellung möglicher normaler Wirtschaftsbeziehungen wäre doch für

Ein Aufruf an die christliche Welt. Der Papst gegen die kirchenfeindliche Strömung in der Sowjetunion.

(Rom. Der Papst hat an seinen Generalkardinal von Rom, Kardinal Vannini, ein Schreiben gerichtet, in dem er sich auf das schärfste gegen die religionsfeindlichen Ausschreitungen in Sowjetrußland auspricht. Dies betrübt sie er durch die gotteslästerlichen Verbrechen, die sich täglich wiederholen, die im übrigen nicht gegen die Seele der zahllosen Völker Rußlands gerichtet seien. Der Papst erinnert daran, daß er sich bemüht habe, die im Jahre 1922 auf der Konferenz von Genoa verammelten Mächte zu einer Erklärung zu veranlassen, daß nämlich als Voraussetzung für die Anerkennung der Sowjetregierung die Achtung der Gewissensfreiheit,

Die Freiheit der Ausübung des Glaubens

und die Achtung der Güter der Kirche verlangt werde. Leider seien diese drei Punkte weltlichen Interessen geopfert worden, die im übrigen besser gemahrt worden wären, wenn die einzelnen Regierungen vor allem die Rechte Gottes im Auge gehabt hätten.

Die gotteslästerliche Auktorität wende sich nicht nur gegen die Gewissensfreiheit, sondern auch gegen die Jugend, deren Unwissenheit mißbraucht werde. Statt daß man ihr Wissenschaft und Kultur vermittele, werde ihre Seele mit

Schändlichen materialistischen Verzerrungen

angefüllt. Gegen diese Ausschreitungen habe der Papst sich schon in verschiedenen Ansprachen gemandt und sei darin unterstützt worden durch die orientalische Sonderkommission für Rußland und das Institut für orientalische Studien.

beide Grenzländer und namentlich für die deutsche Minderheit in Polen von sehr großer Bedeutung.

Man solle den Vertrag nüchtern betrachten als bloßer. Der einschneidende Gesichtspunkt ist der des gegenseitigen Auftriums mit einem unfruchtbareren Streik und die Beseitigung des Verfalls der Ausnahmestellung für unsere Deutschen in Polen.

Die kommende Reichstagsstagung.

nd. Berlin. Am Dienstag der nächsten Woche wird sich der Reichstag ver sammeln, um die erste Sitzung des Saager Gesetzgebungsorgans durchzuführen. Für diese Beratungen, in der von allen Parteien mindestens zwei Rednergruppen zu Wort kommen werden, sind zunächst zwei Tage in Aussicht genommen. Entgegen seiner ursprünglichen Absicht, wird der Reichstag dann keine Pause eintreten lassen, sondern durchschnittlich täglich von 4 bis 7 Uhr Sitzungen abhalten, um den Nachtragetat für 1929, die Wohnungsfrage, die Änderung der Haushaltordnung usw. zu beraten. In den Vormittagen werden die Vereinigten Ausschüsse, der Haushaltsausschuß, der Auswärtige Ausschluß, der Volkswirtschaftliche Ausschluß, das Saager Gesetzgebungsorgan zur zweiten Sitzung im Plenum vorbereitet. Es wird damit gerechnet, daß diese Arbeit in ungefähr 10 bis 12 Tagen fertiggestellt sein kann.

Berlin. (Funkpruch.) Im Reichstag sind jetzt auch die verfassungsrechtlichen, namentlich die Änderungen des Reichshandelsgesetz und des Bankgesetzes zugegangen. Zum Hauptgesetz hatte der Reichstag beschlossen, auch die Schuldverhältnisse kommunaler Körperschaften und öffentlicher Kreditinstitute zum Kommandoverkehr zuzulassen. In diesem Punkte hat die Reichsregierung eine Doppelvorgabe eingebracht. Zur Begründung wird darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung dieser Schuldverhältnisse nicht grundräßig ablehnend gegenüber stehe. Die Durchführung des Vorschlages werde jedoch bis zu einer allgemeinen Besserung der Lage der öffentlichen Finanzen zurückgestellt werden müssen.

Tragischer Tod

des Reichstagsabgeordneten Dr. Paul Levi.

(Berlin. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Chemnitz, Dr. Paul Levi, der seit einer Reihe von Tagen an einer bössartigen Grippe erkrankt war, hat sich im Fieberwahn aus einem Fenster seiner Berliner Wohnung am Lipowufer gestürzt. Der Tod trat auf der Stelle ein. Dr. Levi, der im 47. Lebensjahre stand, war ein bekannter Journalist und als solcher auch in dem zur Zeit verhandelten Form-Prozess tätig.

Internationale Eisenbahnkonferenz.

nd. In Danzig traten zwei Konferenzen zusammen, auf denen die Vertreter von Polen und Sowjetrußland bzw. Deutschland, Polen und Rußland verschiedene sich aus dem Transitverkehr ergebende Fragen beraten. Die Dauer der Verhandlungen ist vorläufig auf zwei Wochen festgesetzt. Weiter der deutschen Delegation ist Reichsbahnoberrat Herrbruch von der Reichsbahndirektion in Breslau.

Zum Zwecke der bestmöglichen Sühne habe der Papst nun beschlossen, am 19. März in der Peterskirche auf dem Apostelgräbern eine Sühnemesse zu gelebieren zum Wohle der vielen Seelen, die so harten Prüfungen ausgesetzt worden seien, und für das Seelenheil des russischen Volkes. Indem der Papst den Kardinalvikar ersucht, die notwendigen Vorbereitungen für diese Messe zu treffen, spricht er zum Schluß die Erwartung aus, daß ganz Rom, alle Katholiken und überhaupt die ganze christliche Welt sich seinem Gebet anschließen werden.

Der „Popolo Romano“ schreibt dazu: Hier handelt es sich nicht nur um eine religiöse Frage oder um eine Idee, sondern es handelt sich darum, einen

Erzeugung der Kultur

zu beginnen gegen die Barbarei der Sowjets, um ein ganzes bedrücktes Volk vor dem Ruin und dem Martyrium zu retten, das von einem Rabel wilder Tiere gemalt wird, das täglich vor den Augen der Welt Tausende von Personen beraubt, geißelt, schändet, erschmet und mordet, aus Blut- und Gekdburk.

London. Der Appell des Papstes an die ganze Welt, den Christenverfolgungen in Sowjetrußland ein Ende zu machen, wird in der englischen Öffentlichkeit überaus stark beachtet. Der größte Teil der Presse gibt dem Appell volle Unterstützung, in einem anderen Teil werden namentlich aus politischen Gründen Bedenken geäußert.

Frankreich gegen jede Herabsetzung seiner Unterseeboottonnage.

* Paris. Die Erklärung, die der französische Außenminister Legeres am Dienstag auf der Londoner Flottenkonferenz vorlegen wird, wird dem „Petit Parisien“ zufolge, ähnlich wie die japanische Antwortnote klar und offen betonen, daß Frankreich unter keinen Umständen eine Herabsetzung seiner U-Boots tonnage, die insgesamt auf 100 000 t angesetzt ist, zustimmen könne. Vielmehr werde Frankreich wieder eine Erhöhung seiner Tonnage verlangen. Bezüglich des Vorschlages, daß die Unterseeboote in Kriegzeiten berufen seien, sich völkerrechtswidrig zu betätigen, sei zu sagen, daß die französische Marine zu viele Jahrhunderte hindurch der loyale Gegner der britischen Marine gewesen sei, als daß man gegen sie diesen Vorschlag erheben könnte.

Glänzender Abschluß der fünften Grünen Woche Berlin.

Ueber 300 000 Personen an neun Veranstaltungstagen.

(Berlin. Die gestern abgeschlossene fünfte Grüne Woche Berlin brachte den acht Hallen des Berliner Ausstellungsgeländes mit über 300 000 Besuchern einen der größten Berliner Ausstellungserfolge. Dieses Ergebnis, das durch einen von Tag zu Tag sich steigenden Besuch mit einem Abschlußsonntag, der den vorangehenden Rekord Sonntag noch um mehrere tausend Besucher überbot, erzielt wurde, ist umso bedeutender, als die bekannten schwierigen Verhältnisse in der Landwirtschaft, die auch dieses Jahr den wichtigsten Teil der Besucher stellte, alles andere als ein solch glänzendes Resultat erwarten ließ. Auch hinsichtlich des wirtschaftlichen Verkaufserfolges kann von einem betrieblichen, in einzelnen Abteilungen sogar besonders guten Abschluß gesprochen werden.

Drohender Arbeitstopp im Berliner Verkehrsnetz.

(Berlin. Der Arbeiterrat der Berliner Verkehrs-gesellschaft des kommunalen Unternehmens, das alle öffentlichen Straßen-Verkehrsmittel Berlins mit Ausnahme der Stadtbahn, zusammenschßt, hat über den Beschluß der Gesellschaft beraten, im Hinblick auf die schwierige wirtschaftliche Situation entweder für alle Angestellten wöchentlich eine Freiericht einzulegen oder 500 Personen zu entlassen. Der Arbeiterrat hat die Einlegung von Freierichten abgelehnt. Im Anschluß daran fand eine Sitzung mit den Vertretern der in Betracht kommenden Gewerkschaft statt, die für eine nochmalige Prüfung der Sachlage eintraten. Es wurde deshalb beschloffen, auf einer für Montag abend anberaumten Sitzung sämtlicher Gewerkschaftsfunktionäre zu dem Problem Stellung zu nehmen.